

Tafel. Wein ist, auf seine Verluste kommt, fällt er nicht in der Lage ist, die betreffenden Mengen zu kaufen? Möglich, daß die konseriativen und antisemitischen Agitatoren annehmen, der Arbeiter müsse sich zufrieden fühlen, wenn er hört, daß auf ihn und seine Familie jährlich rechnungsweise 200 Kilogramm Fleisch kommen, auch wenn er weiß, daß er tatsächlich nur 80 oder 100 Kilogramm zu kaufen und zu konservieren vermag, weil sein Lohn nicht weiter reicht. Die Geübte, die sich in ihm bei diesen schönen konseriativen Durchschnittsberechnungen regen, sind andere, als die konseriativen Herren annehmen, nämlich die des Adolfs Brümmer in dem Reuterischen Gedicht Rindfleisch um Plummen:

Rindfleisch um Plummen ist ein schöner Gericht,
Doch meine Herren, ich frage' man nicht!" —

Gegen diese bewußten Fälschungen ist es angebracht, zu berechnen, in welcher Weise z. B. der Haushalt eines deutschen und eines Londoner Arbeiters durch Brot und Steuern belastet ist. Wir nehmen eine der genauen Haushaltungsrechnungen Nürnberger Arbeiters, die vor zwei Jahren vom Nürnberger Arbeitersekretariat veröffentlicht worden sind. Außerdem ist die Lebensweise des Nürnberger Arbeiters im anderen Hinsicht anders als die des deutschen Arbeiters außerhalb Bayerns. Beim Nürnberger ist meist das Hauptnahrungsmittel — das Brot. Ob er Butter auf seinem Brot hat, das ist Nebenfläche. Hat er ein Stückchen Butter oder Käse zu seinem Brot, gilt das als ein reichliches Frühstück; sonst ist er kein Brot auch trocken. So leben wir denn auch, daß in der Familie des Arbeiters, dessen Budget der nachfolgenden Berechnung zu Grunde gelegt werden ist, täglich zwei Liter Brot konsumiert werden; dagegen im ganzen Jahre nur zwei Pfund Butter und noch nicht zwei Pfund Margarine (die 16 Pfund Schweinefleisch wurden zum Braten usw. verbraucht), indeß verändert dieser starke Bierverbrauch die Rechnung nicht zu Gunsten, sondern zu Ungunsten des deutschen Arbeiters, da die Verbrauchssteuer auf Bier in England höher ist als in Deutschland (8 Shilling pro Baratt gleich 16½ Liter). Dagegen betrug 1900 der Steuertarif in Bayern 2,44 M. pro Dekoliter, im Brausteuergebiet 0,74 M.; doch kommt hierbei in Betracht, daß außerdem in Deutschland eine Reihe der zum Brauen bestimmten Bestandteile (Gebete, Hopfen, Zucker usw.) mit hohen Hößen belegt sind, in England nicht. Es ist deshalb auch bei der nachfolgenden Berechnung nicht die bloße Verbrauchsabgabe, sondern der Eingangszoll in Ansatz gebracht worden, da in ihm weit genauer die tatsächliche Belastung zum Ausdruck kommt.

Vergleichen wir nun, was bei gleichem Jahresentnahmen der deutsche und der Londoner Arbeiter an Steuer trägt. Erwähnt sei noch, daß der betreffende Arbeiter, dessen Budget der Gegenüberstellung zu Grunde gelegt ist, zu den besser entlohnten gehört — sein Einkommen stellte sich auf 1472 M. — und daß seine Familie aus ihm, seiner Frau und drei Kindern besteht:

	Steueraufwendung	
	des Berliner Arbeiters	des Londoner Arbeiters
Staats-Einkommenssteuer	16.—	M.
66 kg Rindfleisch à 4 Pf.	2,64	—
30 kg Schweinefleisch à 5 Pf.	1,50	—
7½ kg Kalbfleisch à 12 Pf.	0,90	—
2 kg Butter à 16 Pf.	0,16	—
1 kg Margarine	0,16	—
8 kg Schweinefleischmahl à 10 Pf.	0,80	—
23 kg Mehl (= 34 kg Brot à 3,5 Pf.)	1,19	—
11 kg Brot, Getreide n. à 7,5 Pf.	0,86	—
3½ kg Reis à 4 Pf.	0,13	—
3½ kg Gerste à 2 Pf.	0,07	—
31 kg Brot à 40 Pf.	12,40	0,65
11 kg Kaffee à 40 Pf.	4,40	1,55
1 kg Tee à 100 Pf.	0,50	—
12 kg Erdbeeren, Bohnen u. à 1,5 Pf.	0,18	—
150% Rübenzucker	—	—
Zigaretten (2 kg Tabak) à 5 Pf.	1,70	13,25
Schmutztabak, 1 kg 85 Pf.	0,85	8—
115 kg Weißbrot ca. 310 kg Brot	—	—
180 kg Schwarzbrot à 3,5 Pf.	10,85	—
7½ kg Brot à 15 Pf.	1,12	—
11 kg Getreide (Mehl) à 2 Pf.	0,22	—
38 kg Wurst (38 kg Fleisch à 5 Pf.)	1,90	—
8½ kg Salz à 6 Pf.	0,51	—
38 kg Petroleum à 6 Pf.	2,28	—
ca. 720 Liter Bier à 4 Pf.	28,80	35,20
	90,17	58,75

Übereinstimmung in der vorstehenden Tabelle mit die Sätze des Sehr eilig, beschäftigt, irgend eine kleine Mädchendiee im Kopf, wendete sie sich um und sagte:

— Ah, guten Tag, Herr Maler. Seien Sie nicht böse, wenn ich fortgehe, die Schneiderin ist oben, die nach mir ruft. Wissen Sie, die Schneiderin vor der Hochzeit ist wichtig. Ich schicke Mama, die eben mit meiner Kleiderkleidnerin etwas bespricht. Wenn ich sie brauche, muß sie noch ein paar Minuten zurückkommen.

Und halb laufend, um ihre Eile zu zeigen, ging sie davon. (Fortsetzung folgt.)

Wahlglücke.

„So, wie unser Vorsitzender das Bier umgestürzt hat, so wollen wir die Sozialdemokratie umstürzen!“ (Aus einer freisinnigen Berliner Wahlversammlung.)

„So wie ich diese Damen verschlinge, so will ich auch die Sozialdemokratie verschlingen!“ (Kartellbündnis Großmann.)

„So, wie ich diesen Winterüberzieher vertrieb beim Pfandleiber, so will ich bei der Wahl die Sozialdemokratie vertrieben!“ (Student Biermeier.)

„So, wie ich diese Suppe abschneide, so will ich der Sozialdemokratie den Lebensabend abschneiden!“ (Kommerzientat Schwander.)

„So, wie ich von meinem Gaul heruntergerutscht bin, so soll auch die Sozialdemokratie rutschnischen von dem hohen Pferde, auf dem sie sitzt!“ (Sonntagstreiter Hoppelmann.)

Berechtigter Neiger.

Kartellbündnis: Internationales Gefinde, die Sozialdemokratie, doch während kriegen sie Geld aus dem Ausland für ihren Wahlkampf, während wird nicht einmal aus dem Inland welches kriegen? Wenn das so weiter geht, pfeifen wir auf die Nationalität und werden auch international damit wie wenigstens nicht hinterher alleine die Wahllosen selber tragen müssen.

Möglichkeit der Trostung.

Großbauer: Warum an Gott mäßigt, nach Gott hast du längst einen Brot gekauft.

Arbeiter: Und wenn in San Francisco wählt, na!

(Südd. Postillon.)

bestehenden Vertragssatzes nicht des allgemeinen Tarifes in Anrechnung gekommen sind, sehen wir, daß der deutsche Arbeiter zugegebenermaßen so hoch belastet ist als der englische, und doch ist mit den oben aufgezählten Verbrauchsartikeln die Liste der versteckten Gegenstände nicht erschöpft. Es fehlen darin z. B. noch sämtliche Industrie-Artikel, die der Arbeiter im Laufe des Jahres gelaufen hat. Werden sie hinzugefügt, dann erhöht sich die Belastung noch um ein Beträchtliches; und noch weit mehr wird sie emporschwellen, wenn der neue Paktarif in Kraft treten sollte.

Das kommt, daß auch die englischen Lokalsteuern (Rates), die natürlich in den verschiedenen Gemeinden mehr oder weniger differieren, weniger drückend sind, als in vielen deutschen Ortschaften. Sie werden nach der Höhe des Mietpreises berechnet, schließen meist den Betrag für Wasser, Gas, Schule, Bäder, Armenverwaltung u. d. mit ein und werden gewöhnlich vom Hausbesitzer bezahlt, der sie bei der Mietabrechnung mit in Ansatz bringt. Trotzdem sind z. B. in London die Mietpreise keineswegs höher. In Berlin zahlt der Arbeiter für zwei Zimmer mit Kammer und Küche im Hinterhaus durchweg 30 bis 35 M. pro Monat, also pro Woche etwa 8 M. Im Innern der Stadt Dresden sind die Mietpreise ähnlich, in den Vorstädten geben sie bis auf 20 M. hinunter. Der Dresdner Arbeiter zahlt dabei noch die hohen indirekten städtischen Abgaben von Brot, Fleisch u. Co. Dagegen beträgt die Miete in den Arbeitervorstädten Londons für ein modernes Häuschen von 6 Ziimmern, Küche, Klosett nebst Gärtchen nur 14 bis 15 Schilling (14 bis 15 M.) pro Woche, in den nordöstlichen und östlichen gar nur 10 Schilling — und zwar mit Einschluß aller lokalen Abgaben.

Es ist also eine ganz holtlose Fälschung, wenn die Ordungspartei es so darstellen, als sei der Deutsche als Steuerzahler besser gestellt als alle Ausländer. Allerdings, für die Bevölkerung, für die Reichen, trifft es im Vergleich mit England zu, sie werden durch Einkommen- und Erbfolgesteuer nicht entfernt so belastet, wie ihre englischen Klassengenossen, sie haben es ja verstanden, die Herren- und Marinelaisten durch indirekte Besteuerung in der Haftstelle auf die Schultern der großen Masse der Bevölkerung abzuwälzen. Der kleine Mann aber, der Arbeiter und der Handwerker, der Beamte und der kleine Bauer, sie haben absolut keine Ursache, von Deutschlands Steuerverhältnissen erstaunt zu sein. Und um allerorten in Sachsen mit dem 25prozentigen Steuerzufluss, der schon bei dem armeligen Einkommen von 800 M. eintritt!

Das wollen wir hier gegen die Falschrechnungskunststücke des letzten Wagner-Fliegblattes und des Dr. Anzeigers schützen!

Politische Übersicht.

Weitpolitik und Finanznot — die unvertreulichen Gründer.

Ein überaus wichtiges Dokument russischer Finanzpolitik ist jedoch von Peter Struve, dem durch seine sozialgeschichtlichen Forschungen bekannten Schriftsteller, im Diaphan Verlage in deutscher Übersetzung veröffentlicht worden. Es ist das Protokoll einer Plenarsitzung des russischen Reichsrates. Der politische Wert besteht vor allem darin, daß dieses Protokoll sich auf die unmittelbare Gegenwart bezieht. Es kommt aus dem Rahmen eines sozialen und politischen Prozesses als eine Brandmarkung der Weltpolitik des Zarenreiches dar. Freilich brennt der russische Reichsrat seiner Politik nicht selber das rote anklagende Mal auf die Stirn. Dieser höchste russische Körperschaft sieht es nicht ein, auch nur einen Augenblick zu zweifeln, ob der Marsch auf der Bahn der Eroberungspolitik fortzuziehen sei. Aber das Protokoll ist die denkbare scharfste Verdamming dieser Politik, denn es stellt fest, daß alle ihre Errungenchaften und Pläne bezahlt werden durch die finanzielle Zerrüttung des Staates, durch die Ausplündierung der Volksmassen, durch den Stillstand der Reformen im Innern des so reformbedürftigen europäischen Teiles des Reichs.

Das letzte Jahrzehnt hat die Staatsbedürfnisse dermaßen gesteigert, daß die allgemeine Bilanz des Staates um mehr als eine Milliarde Rubel gewachsen ist. Das Protokoll nimmt eine Gegenüberstellung der Ausgaben von 1893 und 1903 vor. Die ordentlichen Ausgaben stiegen danach in elf Jahren von 998 auf 1880 Millionen Rubel. Um die Zunahme der ordentlichen Staatsausgaben richtiger beurteilen zu können, wird in der Betrachtung des Protokolls die Summe der wirtschaftlichen Betriebsausgaben von diesen Ziffern abgezogen, und dann ergibt sich für die ordentlichen Ausgaben von 1893 die Summe von 946 Millionen Rubel, die für 1903 auf 1345 Millionen Rubel angewandt ist. Also ein Mehr von 402,2 Millionen, bezugsweise von 42,5 Prozent.

Die Schuld an diesem Anwachsen trägt die Eroberungspolitik des russischen Militarismus. Ganz deutlich geht das aus der Höhe der Summen hervor, die der Bau der strategischen Eisenbahnen dem Budget aufhält. Seit 1890 ist es mit dem Reingewinn der Eisenbahnen zu Ende: 1900 betrugen die Zuflüsse nur 2,6 Millionen Rubel, 1901 erreichten sie schon die Höhe von 32,9 Millionen, 1902 wird der Berlitz ca. 45 Millionen und 1903 nicht weniger als 51 Millionen betragen. Schlägt man dazu den Rückzug für den Betrieb der Ostdeutschen Bahn, so steigt das Eisenbahndefizit für 1903 bis auf die Summe von 50 Millionen Rubel, die das Protokoll selber „ungeheure“ nennt, und noch zwei Jahre dürfte das Defizit die Höhe von 84,5 Millionen Rubel erreichen. Und dabei drohete der Finanzminister Witte noch 1900, daß die Eisenbahnen — statt der früheren Verluste — jetzt der Reichsrat jährliche Gewinne abwerben würden. Die Finanzminister liebt es überall, sich und anderen solche Träume vorzutäuschen. Freilich liegt der Militarismus überall dafür, daß es prompt und gründlich anders kommt.

Der Militarismus schlägt alle twingen Berechnungen tot. Er saugt den Ländern das Blut aus den Knochen, er hemmt und vernichtet, was die genuine ökonomische Entwicklung Güteschafft. Das Protokoll des Reichsrates sagt: „Der Bau von solchen Bahnen, die von ökonomischer Bedeutung sind, die den Aufwand von Kapitalen recht rechtfertigen und den Wohlstand der Umgebung erhöhen, kann zu keinen Verlusten führen.“

Also riesig wachsende Ausgaben zunächst! Der ganze Schaden dieser Ausgaben wird aber erst sichtbar, wenn man hört, daß die Zunahme der ordentlichen Staatsausgaben sich in den letzten Jahren merklich verzögerte. Das Aufkommen russischer Staatsausgaben ist durchschnittlich um durchschnittlich 4 Prozent, die Einnahmen aber wuchsen von 1897 bis 1901 bloß um 3,2 Prozent, und nun sagt das Protokoll: „Es kann die Zusammenstellung dieser Ziffern im Zusammenhang mit dem Defizit der Eisenbahnwirtschaft, das sich herausgestellt hat und progressiv ansteigt, übermäßig zu ernsthaften Bedenken Anlaß geben, die durch das demselben keine Schranken gesetzt werden.“

Als Schranken! Und wo sollen sie gesetzt werden? Natürlich nicht der Expansionspolitik. Ein neues Anstreben der Steuerausbauscheide man aber auch. Die anlässlich der österreichischen Vorgänge provisorisch eingeführten Steuern sind schon dauernd beibehalten worden, denn sonst wäre ein Defizit im Staat der ordentlichen Einnahmen und Ausgaben für 1903 nicht zu vermeiden.

Außerdem ist der Wohlstand des Volkes in den letzten Jahren um 15 Jahren eine Unlast von Steuern aufgeladen worden — das Protokoll selber spricht von „ernsten Opfern“ und fügt hinzu: „Dank dieser Maßnahmen erhält der Staat während der erwähnten Periode ungefähr 1500 Millionen Rubel.“ Der Reichsrat stimmt Herrn Witte zu, daß die weitere Erhöhung der Steuern eine Unmöglichkeit ist. Die Unzufriedenheit des Volkes, die in immer heftigeren Zugeständnissen und Ausbrüchen kommt, macht offenbar den russischen Machthabern Schreck und Einsicht ab. Das Protokoll braucht die Worte:

Doch hat das Zahlungsvolumen der Bevölkerung seine Grenzen, die nicht ohne Schaden für den ökonomischen Wohlstand des Landes überschritten werden dürfen. Und auf diesem Wohlstand beruht nicht nur die finanzielle Wohlstand des Staates, sondern auch seine innere Macht und seine internationale politische Bedeutung ... Der Reichsrat findet sogar, daß eine Erhöhung der Steuern die Bürgerlichkeit der russischen Bevölkerung untergraben würde.

Das sind Worte, die man in Deutschland gerade in dieser Zeit der Regierung mit lauten Mahnen vor das Angesicht hält. Die „innere Macht“ und die „internationale politische Bedeutung“ des Deutschen Reiches wird den schwachen Schlag erhalten, wenn der Zolltarif, der den ökonomischen Wohlstand der Bevölkerung untergraben wird, Gelegenheit erlangt.

Wie aber will die russische Regierung dem Finanzdilemma entrinnen, wenn sie das Volk schonen will? Ja, da fügt gerade der Pale im Pfeifer. Sie bürdet dem Volke wohl keine neuen Steuern auf, aber den Schaden hat es trotz allem. Die Steuern, die es zahlt, werden ganz einfach den inneren Kulturaufgaben des Reiches entzogen. Der frischere Zug, der seit Jahren in die Bewältigung der Vermögensaufgaben gekommen war, wird gebremst. Das Protokoll sagt zwar: „Von dem Standpunkt der Interessen der den einzelnen Verwaltungsbüroden unterstauten Zweigen der Staatsökonomie ist der Ruhm und sogar die Dringlichkeit der meiste der von ihnen projektierten Maßregeln nicht zu bezweifeln.“ Aber das ist gleich: der gefährliche Raden des Militarismus, der asiatischen Eroberung, der russischen Kolonial- und Weltpolitik leidet's nicht, und also wird die Staatskasse angesogen. Das ist der Kern des reichsägyptischen Protokolls. Es bietet den Baten zu gebieten:

Den Minister und den Ressortdirigenten zu ausrahmlosen Pflicht und Richtigkeit zu machen, daß sie keinesfalls die Aufforderung des Reichsrates erfüllen, sondern als eine Brandmarkung der Weltpolitik des Zarenreiches dar. Freilich brennt der russische Reichsrat seiner Politik nicht selber das rote anklagende Mal auf die Stirn. Aber das Protokoll ist die denkbare scharfste Verdamming dieser Politik, denn es stellt fest, daß alle ihre Errungenchaften und Pläne bezahlt werden durch die finanzielle Zerrüttung des Staates, durch die Ausplündierung der Volksmassen, durch den Stillstand der Reformen im Innern des so reformbedürftigen europäischen Teiles des Reichs.

Zwei Lehren von großer Wichtigkeit ergeben sich aus dem Protokoll. Einmal die, daß die russische Finanznot so lange die Gefahr eines Angriffes Russlands auf Europa unmöglich macht, als Russland in Osteuropa festgehalten ist, und zweitens die, daß die europäischen Völker alle Kraft ausüben müssen, um ihre Regierungen von der weltpolitischen Bahn wegzureißen, die mit tödlicher Sicherheit den finanziellen Ruin der Staaten und den wirtschaftlichen Ruin der Bevölkerungen zur Folge haben muss.

Die deutsche Sozialdemokratie weiß, wie sie diese Lehren politisch auszubauen hat.

Deutsches Reich.

Berlin, 9. Juni. Der Polizeipräsident von Berlin hat an die Magistrate der Städte Charlottenburg, Schöneberg und Niederschönhausen erlassen, in dem es heißt: Das Vorkommen des Adels bereits bekannt gegebenen Bestallt hat die Notwendigkeit nahegelegt, daraus zu halten, daß von Seiten der Stadtverwaltung ständig Polierhäuser — Paraden oder dergleichen — für besondere anstehende Krankheiten vorgehalten und nicht zu anderen Zwecken benutzt werden. Höherer Weisung folge erlaubte ich das Erforderlich in diese Bezeichnung zu veranlassen.

Eine Abänderung des Reichstagwahlrechts schlägt der konservative Reichsrat vor, um dem jetzigen Wahlrecht die revolutionären Drachenzähne auszuziehen. Er empfiehlt Einführung der Wahlpläne und Verlegung der aktiven Wahlberechtigung vom 25. auf das 30. Lebensjahr.

Die Heraufsetzung des Wahlfähigkeitalters bedeutet eine außerordentlich starke Benachteiligung der Arbeiter, die ja bekanntlich infolge ihrer schlechteren Ernährung und der größeren Gefahren ihrer Berufe ein viel niedrigeres Durchschnittsalter haben als die Bourgeoisie.

Der Bismarck-Kriegslager können aus einer Wahlversammlung in Burg in den Wahlkampf hinein. Herbert sagt die Regierung an, daß sie viel zu sehr Verdeutigungspolitik nach innen und außen treibe. An einer Stelle drängt sie sich in den Vertrag, an anderen Stellen trete sie wieder mit einschlägiger Jagdhaltung auf. So sei sie gegen Amerika jaghaft. Sie trete in Politik verpaßter Gelegenheiten. Im vorjährigen Herbst hätten sich drei Viertel aller Reichstagsmitglieder der Regierung zum Kampf gegen die Sozialdemokratie zu Verfügung gestellt, aber diese glänzende Gelegenheit sei unbewußt gelassen und damit eine der wertvollsten Wahlparolen verloren worden.

Die B. Bismarck sind also von ihrem Sozialpolitikeramt noch immer nicht furiert. Aber Bismarck verdient Lob und Dank von unserer Seite